

■ »Kultur.Macht.Einheit? Kulturpolitik als Transformationspolitik«

Problemaufriss zum 8. Kulturpolitischen Bundeskongress

Am 18./19. Juni 2015 findet der 8. Kulturpolitische Bundeskongress der Kulturpolitischen Gesellschaft und der Bundeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag und mit Unterstützung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien statt. Anlass des Kongresses ist das 25. Jahr der Verwirklichung der Deutschen Einheit. Der Kongress will die dadurch angestoßenen und seitdem zu beobachtenden Veränderungen in der Kulturpolitik diskutieren und einen Blick zurück nach vorne versuchen. Norbert Sievers, der den Kongress für die Veranstalter maßgeblich geplant hat, beschreibt die inhaltlichen Intentionen. (Red.)

I. Mit der Verwirklichung der Deutschen Einheit hat sich auch die Kulturpolitik verändert – und zwar sowohl konzeptionell als auch instrumentell, also auch mit Blick auf ihre institutionellen, rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen.¹ Im Einigungsvertrag ist die Kultur in Artikel 35 mit verfassungsrechtlichem Rang gesetzlich verankert, was allein dem Bereich Kunst und Kultur im Kontext der konkurrierenden Politiksorts zumindest in den ostdeutschen Ländern und auf Bundesebene mehr Gewicht verliehen hat.² Der Bund trat auf dieser Basis unmittelbar nach der Wende im Rahmen der »Übergangsfinanzierung« mit groß dimensionierten Programmen (Substanzerhaltungsprogramm, Infrastrukturprogramm etc.) auf, um die kulturelle Infrastruktur in den neuen Ländern flächendeckend zu erhalten, zu modernisieren und sogar auszubauen (s. Ackermann 2013 sowie Saad 2002), was sich in der Folge zu einer generell verstärkten programm-basierten Kulturförderung auch auf Länder-ebene ausweiten sollte. Nur acht Jahre nach der Vereinigung wurde das Amt des Beauftragten für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag gebildet. Die Gründung der Kulturstiftung des Bundes folgte 2003 und ein Jahr später wurde die Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« des Deutschen Bundestages eingerichtet, die ihren Bericht Ende 2007 vorlegte und darin eine umfängliche Analyse der Situation von Kunst und Kultur in Deutschland vornahm und umfangreiche kulturpolitische Empfehlungen formulierte,

die heute noch aktuell sind und zum Teil ihrer Umsetzung harren. Parallel dazu wurde der Kulturretat des Bundes aufgestockt und erhielt in der Öffentlichkeit eine solche Aufmerksamkeit, dass man annehmen konnte, das finanzielle Kräfteverhältnis zwischen Kommunen, Ländern und Bund hätte sich dadurch schon verschoben. Die Kommunen und Länder gerieten in diesem Prozess immer mehr unter Druck. Steigende Soziallasten der Städte und Gemeinden und die erhöhten Ausgaben der Länder engten – nicht zuletzt mit Blick auf die Schuldenbremse – die Finanzierungsspielräume für die freiwillige Aufgabe Kultur immer mehr ein und verstärkten den oben beschriebenen Prozess der wahrgenommenen Bedeutungsverschiebung der politischen Ebenen in der Kulturpolitik.

Der gesellschaftliche und politische Transformationsprozess hatte jedoch nicht nur Folgen für die Kulturpolitik des Bundes und für die neuen Bundesländer, sondern auch für die Länder im Westen der Republik (s. auch Knoblich 2012), für das Bund-Länder-Verhältnis (s. Systematisierungs-/Entflechtungsdebatte in den Jahren 2001–2004) und namentlich für die Bundeshauptstadt Berlin, die sich mit Unterstützung des Bundes als kulturelles Schaufenster Deutschlands neu in Szene setzen konnte. Auch wenn es überzeichnet wäre, eine klare Ost-West-Richtung der kulturpolitischen Transformation zu unterstellen, so ist doch nicht von der Hand zu weisen, dass z.B. das Kulturraumgesetz in Sachsen auch im Westen strukturbezogene kulturpolitische Überlegungen ähnlicher Art ausgelöst und insgesamt konzeptionellen An-

sätzen in der Kulturpolitik Auftrieb gegeben hat.³ Eine ähnliche Wirkung darf auch für die Versuche angenommen werden, auf die Entwicklung der kulturellen Infrastruktur im Land steuernd Einfluss zu nehmen. So gewann im Land Brandenburg bereits zu Beginn der 1990er Jahre eine strategisch angelegte Kulturpolitik an Bedeutung, die sich mittlerweile auch bundesweit durchzusetzen beginnt und auf kommunaler Ebene als Kulturentwicklungsplanung reüssiert, um den Strukturproblemen der kulturellen Infrastruktur beikommen zu können. Schließlich ist mit dem Kulturfördergesetz in Nordrhein-Westfalen aktuell ein Rechtsrahmen für eine konzeptbasierte und strukturorientierte Kulturpolitik geschaffen worden.⁴

Alle diese Entwicklungen zeigen, dass Kulturpolitik sich seit der Deutschen Einheit und des damit notwendigen Transformationsprozesses sowohl institutionell als auch konzeptionell verändert hat.⁵ Langfristige strukturpolitische Überlegungen gewinnen gegenüber Einzelfallentscheidungen an Bedeutung. Kulturpolitikentwicklung wird immer mehr als konzeptionelle Aufgabe verstanden, was nicht zuletzt neue Anforderungen an ihre Professionalität und wissenschaftliche Fundierung begründet. Bislang ist dieser Modernisierungsprozess jedoch erst wenig systematisch reflektiert und öffentlich diskutiert worden (s. auch Knoblich 2012: 35).⁶ Dies soll mit dem 8. Kulturpolitischen Bundeskongress gelingen. Er dient der retrospektiven Interpretation der hier nur angedeuteten Entwicklung und der antizipatorischen Diskussion darüber, wohin sich Kulturpolitik in Zukunft auf dieser Basis entwickeln kann.

II. Transformationspolitik wäre jedoch zu kurz gedacht, wenn sie sich nur auf die unmittelbaren Folgen der Deutschen Einheit beziehen und nicht in Rechnung stellen würde, dass diese sich in einem europäischen und globalen gesellschaftlichen Wandel ereignet hat. Beide Transformationsprozesse sind viel-

mehr ineinander verschränkt zu sehen und haben als gleichermaßen soziale und kulturelle Auswirkungen bis in die unmittelbare Lebenswelt der Menschen hinein, die erst die Folie bilden, auf der eine Bewertung der Transformationserfolge, -defizite und -notwendigkeiten möglich wird.

So wie die friedliche Revolution nicht nur mit dem Freiheitswillen der DDR-BürgerInnen allein zu erklären ist, sondern auch der wirtschaftlichen und politischen Erosion des »Ostblocks« geschuldet war, so sind die Erfolge der kulturpolitischen Transformation nicht nur als mehr oder weniger gelungene Übernahme westdeutscher Kulturpolitikkonzepte und Versorgungsstandards zu interpretieren und zu bewerten, sondern auch auf der Folie eines europäischen und internationalen Veränderungsdrucks auf Kulturpolitik, der mit den Stichworten Ökonomisierung, Digitalisierung, demografische Entwicklung, Migration etc. nur angedeutet ist. Ohne die unbestrittenen Leistungen der kulturellen Modernisierung Ostdeutschlands gering schätzen zu wollen, ist doch zu diskutieren, ob die hier als Transformation bezeichnete Veränderung in den neuen Bundesländern nicht allzu einseitig an der Wiederherstellung und Restauration einer vermeintlichen »kulturellen Substanz« orientiert war, die im Ergebnis zwar mit Blick auf die Restauration bedeutender Kultureinrichtungen erfolgreich war, aber wichtige Strukturfragen der kulturellen Infrastruktur nicht gelöst, sondern nur vertagt hat und zu sehr das deutsche kulturelle Erbe und die Institutionen der Hochkultur als Triebkraft für Kulturtourismus und Standortpolitik sowie für die Kulturwirtschaft im Sinn hatte und neben den Gewinnern auch Verlierer hinterlassen hat.

Zweifellos haben wir heute in vielen größeren Städten Ostdeutschlands eine Fülle von herausragenden kulturellen Einrichtungen, die keinen Vergleich mit denen in Westdeutschland scheuen müssen und als nationales und europäisches Kulturerbe gelten können. Aber wo Licht ist, ist auch Schatten, der sich vor allem in den kleinen Städten und ländlichen Regionen zeigt, in denen die breitenkulturelle Infrastruktur nahezu zusammengebrochen ist, aber auch in den neuen Kulturszenen, die nach der Vereinigung in großer Zahl entstanden waren. Gerade in diesen Räumen und Szenen zeigt sich, dass der dem Begriff der »kulturellen Substanz« inhärente strukturelle und programmatische Konservativismus zwar geeignet war, einen Schutzraum für das kulturelle Erbe zu errichten, allerdings auch zu regionalen Disparitäten in der kulturellen Versorgung führte und an den Bedürfnissen vieler Menschen vorbeiging. Wenn aber die Rede von der »Kultur als Lebensmittel« einen Sinn haben soll, dann doch wohl nicht nur für Touristen und Be-

wohner großer Städte, was weder gegen Touristen noch gegen Großstadtbewohner spricht. Es geht hier vielmehr darum, kulturelle Transformation nicht nur als politisches Sanierungsprogramm des baulichen kulturellen Erbes, sondern auch als zivilgesellschaftliche »Bewegung« zu interpretieren, die ihre Beweggründe auch in den Defiziten der Transformation gefunden hat und findet. Es geht darum, eine Perspektive zu entwickeln, in der die Menschen selbst als Akteure des Wandels gesehen und stark gemacht werden. Es geht in einem etwas emphatischen Sinne auch um Transformation von unten.

Dieser Aspekt ist vernachlässigt worden. Zu sehr stand in der Kulturpolitik möglicherweise das Narrativ einer gemeinsamen (National-)Kultur im politischen Interesse eines gesamtdeutschen *nation building* im Vordergrund der Transformationspolitik. Und zu sehr wurde womöglich jene Erzählung strapaziert, nach der es vor allem die Kultur war, die die Idee der Einheit wachhielt und den Einigungsprozess würde gestalten helfen. Aber Weimar ist nicht alles und vor allem nicht überall und in seiner Wirkung jenseits der bildungsbürgerlichen Eliten eher begrenzt. Vielleicht hätten auch aktuellere Kulturbegriffe und Motivlagen eine größere Rolle spielen müssen, in denen Kultur nicht nur Bildungsgut ist und Material für touristische Destinationen liefert, sondern auf die Aktivitäten der zeitgenössischen Kunst- und Kul-

turszene Bezug nimmt. Vielleicht bedarf es heute einer neuen Kulturpolitik des Wandels, die auch die Schattenseiten der Transformation ausleuchtet und die Gegengeschichten aus der Perspektive derer erzählt, die sich nicht beteiligt fühlten – nicht im Modus der Klage, sondern als ein Narrativ der (sozio-)kulturellen Selbstermächtigung und künstlerischen Experimente. Denn es gibt zahlreiche Beispiele, die zeigen, dass sich die kulturellen Akteure in den kulturell marginalisierten Städten und Regionen selbst ein Bild von der Situation gemacht haben und aktiv geworden sind, um kulturellen Wandel auch von unten zu gestalten, sei es als »Dorfkümmerer«, »Raumpioniere«, »Local Heroes« oder »Ferropoliten«.

Der Bundeskongress will auch nach diesen Akteuren und Potenzialen fragen und Bewegungsmomente eines kulturellen Wandels aufzeigen, die einer anderen Logik als der herkömmlichen Transformationspolitik einer Sanierung und Restrukturierung von oben folgen. Er will einen Perspektivenwechsel vornehmen und jene Rationalität stark machen, die mit dem zivilgesellschaftlichen Engagement der kulturellen Akteure verbunden ist. Der Kongress will damit auch der Gefahr entgegen, anlässlich des prominenten Datums in nostalgischer Verklärung eine Jubelfeier auszurichten, sondern will – bei allem Grund, stolz auf das Erreichte sein zu dürfen – auch kritische Fragen an den Transformationsprozess stellen, Finger in offene Wunden legen. Ziel ist ein Rückblick mit Ausblick auf eine Zukunft, in der Kulturpolitik wieder stärker als Demokratiepolitik von unten begriffen wird.

Norbert Sievers

Literatur

- Ackermann, Manfred (2013): »Kultur« – seit 1990 eine Aufgabe der auch der Bundespolitik, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.), Jahrbuch Kulturpolitik 2013; Thema: Kulturpolitik und Planung, Bonn/Essen: Klartext Verlag, S. 87–93
- Bauer-Volke, Kristina (2003): Ostdeutschlands Problem mit der kulturellen Substanz. Gesellschaftliche Dimensionen des Wandels, in: Bauer-Volke, Kristina/Dietzsch, Ina (Hrsg.), Labor Ostdeutschland. Kulturelle Praxis im gesellschaftlichen Wandel, Kulturstiftung des Bundes (Selbstverlag), S. 37–59
- Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.) (2012): Jahrbuch Kulturpolitik 2012; Thema: Neue Kulturpolitik der Länder, Bonn/Essen: Klartext Verlag
- Knoblich (2012): Der Artikel 35 des Einigungsvertrages und seine kulturpolitisch-konzeptionellen Folgen für die gesamte Bundesrepublik, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.), Jahrbuch Kulturpolitik 2012; Thema: Neue Kulturpolitik der Länder, Bonn/Essen: Klartext Verlag, S. 35–45
- Saad, Sebastian (2002): »Mitten auf dem Weg: Von der Nothilfe zur nachhaltigen Entwicklung. Ein kurzer Zwischenbericht über das kulturelle Engagement des Bundes in den neuen Ländern«, in: Kulturpolitische Mitteilungen, Heft 99 (IV), S. 24–30

- 1 Manfred Ackermann spricht sogar davon, dass »gesamtdeutsche-europäische Kulturpolitik nach 1945« erst nach 1990 beginnen konnte (Ackermann 2013: 87).
- 2 Dies darf auch eingedenk der Tatsache konstatiert werden, dass es nicht gelungen ist, Kultur als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern. Schon der Versuch ist ein Beleg für die These.
- 3 Nicht zuletzt deshalb hat die Kulturpolitische Gesellschaft ihr Jahrbuch 2012 zum Thema »Neue Kulturpolitik der Länder« herausgegeben (s. Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (2012))
- 4 Siehe Heft 146 III/2014 der Kulturpolitischen Mitteilungen zu diesem Thema.
- 5 Für die institutionelle Veränderung stehen vor allem die genannten neu geschaffenen Institutionen auf Bundesebene, für die konzeptionellen Veränderungen die starke Programm- und Projektorientierung der Kulturpolitik seit dieser Zeit, die im Jahrbuch Kulturpolitik 2014 »Neue Kulturförderung« der Kulturpolitischen Gesellschaft untersucht wird, das zum Kongress vorliegen wird.
- 6 Der Bericht der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« kann als der Versuch der Meta-Reflexion auch als Teil des Modernisierungsprozesses verstanden werden.